



Dr. Edmund Peter Geisen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 78 145

 (030) 227 – 76 145

 edmund.geisen@bundestag.de

Plenarsitzung am 18.06.09

**Rede
des Abgeordneten
Dr. Edmund Geisen (FDP)**

zu
**TOP 47 Gesetz zur Durchführung gemeinschafts-
rechtlicher Vorschriften über das Schulobstpro-
gramm (Schulobstgesetz – SchulObG)**

zu Protokoll gegeben

Anrede

das Bewusstsein für gesunde Ernährung kann gar nicht früh genug geweckt werden, denn im Kindesalter bilden sich die Geschmackspräferenzen und Essgewohnheiten aus. Wer schon im Kindesalter regelmäßig frisches Obst und Gemüse zu sich nimmt, das haben Studien belegt, wird diese Gewohnheiten auch im Erwachsenenalter beibehalten. Umgekehrt zeigt der Ernährungsbericht 2008, dass Kinder und Jugendliche zu wenig pflanzliche Lebensmittel, insbesondere Gemüse und Obst zu sich nehmen, gleichzeitig aber viel zu viele fettreiche tierische Lebensmittel sowie Süßwaren und gezuckerte Getränke konsumieren. Die Folgen sind schon jetzt sowohl gesundheitspolitisch als auch volkswirtschaftlich betrachtet dramatisch: In Deutschland sind mittlerweile 20 Prozent der Kinder übergewichtig, die Tendenz ist steigend. Hält dieser Trend auch weiterhin an, wird in etwa 40 Jahren jeder zweite Erwachsene an Fettleibigkeit (Adipositas) leiden. Damit steigt auch die Zahl schwerwiegender Folgekrankheiten wie Diabetes mellitus Typ 2. Das hat weit reichende Konsequenzen für unser Gesundheitssystem – in Deutschland gehen Schätzungen von bis zu 100 Mrd. Euro an Behandlungskosten infolge falscher Ernährung aus.

Anrede

Natürlich sind für die FDP in erster Linie die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich und aufgerufen, für gesunde Ernährungsgewohnheiten zu sorgen. Aber leider wird auch immer wieder in Studien festgestellt, dass vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien tendenziell weniger frische und unverarbeitete Lebensmittel essen, sondern stattdessen zu Fertiggerichten und Fast Food greifen. Meist fehlt schlicht das Wissen um gesunde Ernährung. Hier können und müssen unsere Kindergärten und Schulen Abhilfe schaffen.

Anrede

Genau dies ist das Ziel des von der EU initiierten und kofinanzierten Schulobstprogramms: Grundschulkindern zwischen 6 und 10 Jahren soll Wissen über gesunde Ernährung und Essgewohnheiten vermittelt werden – theoretisch und ganz praktisch durch die Abgabe von Obst und Gemüse an Schulen, ähnlich wie es mit dem Schulmilchprogramm schon seit Jahrzehnten praktiziert wird. Diese Initiative unterstützt die FDP ganz ausdrücklich, denn nur wer genug Wissen hat, kann später als mündiger Verbraucher vernünftige Entscheidungen treffen und sich gesund ernähren.

Ein weiterer positiver Effekt ist die damit verbundene Unterstützung der heimischen Landwirtschaft: Mit den insgesamt jährlich für das Programm veranschlagten Mittel in Höhe von über 25 Mio. Euro könnte der Obst- und Gemüseabsatz schon signifikant gesteigert werden – in der jetzigen desolaten Lage der Landwirtschaft ein äußerst positives Signal!

Anrede

In der Finanzierung liegt allerdings auch der Knackpunkt: Wir als FDP sind aus Subsidiaritätsgründen für eine föderale Regelung. Bildung ist Ländersache. Die Länder sollen entscheiden, ob und wie sie an dem Programm teilnehmen, denn sie wissen am besten, wie die Lage vor Ort ist.

Allerdings wissen wir auch, dass für viele Bundesländer das Schulobstprogramm dann nur noch realisierbar wäre, wenn sich die Eltern finanziell beteiligen würden. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht, er darf sich bei einem solch wichtigen Thema nicht einfach aus der finanziellen Verantwortung stehlen. Wer 5 Milliarden Euro für die Abwrackprämie ausgeben kann, der kann auch einen Beitrag zum Wohle unserer Kinder leisten! Dieses Hick-Hack um die Finanzen muss schnellstmöglich aufgehoben werden, denn die Leidtragenden sind unsere Kinder.

Deshalb werbe ich abschließend im Namen meiner Fraktion, der FDP, noch einmal ausdrücklich dafür, dieses sinnvolle und in die Zukunft gerichtete Schulobstprogramm im Interesse unserer Kinder schnellstmöglichst umzusetzen – nicht zuletzt, weil wir sonst EU-Fördermittel in Höhe von jährlich 12,5 Mio. Euro einfach verfallen ließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!